

Wir sagen ja zu Europa, weil wir ja sagen zu unserem deutschen Vaterland

Reden zum Auftakt des Europawahlkampfes
auf dem 27. Bundesparteitag der CDU
25. bis 27. März 1979 in Kiel

Grußworte führender Politiker befreundeter Parteien

Helmut Kohl:

Diese Tage in Kiel dienen der Diskussion der inneren Bereitschaft der Partei, den wichtigen Aufbruch in die nächsten 15 Monate vorzubereiten. Aber in den letzten anderthalb Tagen haben wir uns vor allem mit dem großartigen Entwurf, der jetzt zu gestalten ist, mit Europa, beschäftigt.

Ich kann wiederholen, was ich hier bereits am Sonntag sagte. Begreifen wir über die Alltagsproblematik hinaus, über die Sorgen um Arbeitsplätze, die Zukunft der jungen Leute, um all die Dinge, die uns täglich begegnen, hinaus: Die Europawahl ist die geschichtliche Stunde der Deutschen, weil es die geschichtliche Stunde Europas ist!

Und lassen wir uns von den Kleinmütigen doch nicht einreden, daß viele gar nicht verstünden, daß das eine wichtige Wahl ist! Ich sage Ihnen voraus: Wir werden am 10. Juni eine hohe Wahlbeteiligung haben, weil viele unserer Bürger sehr viel besser wissen, worum es geht, als manche von denen, die vorgeben, politisch führen zu können.

Wir sind in diesen Jahrzehnten bis zu diesem 10. Juni einen weiten Weg gewandert. Ich sprach gerade eben mit unserem Freund Leo Tindemans darüber. Wir haben uns — erlauben Sie mir diese persönliche Bemerkung — vor jetzt fast drei Jahrzehnten auf der ersten großen europäischen Tagung der Jungen Union in Konstanz kennengelernt. Wir waren damals junge Leute, knapp über 20, und waren der Meinung, in drei, vier, fünf Jahren sei das zu schaffen. Wir alle haben dazulernen müssen, daß man vor der Geschichte auch in dieser Frage einen langen Atem braucht.

Aber, meine Freunde, nach Jahrzehnten wird es jetzt Wirklichkeit: Wir wählen im freien, im größeren Teil Europas in freier, geheimer und direkter Wahl die

Abgeordneten für das Europäische Parlament. Wir wollen diesen Abgeordneten jede Unterstützung geben, damit sie in den nächsten Jahren Marksteine setzen, damit es mit dem Bau Europas Wirklichkeit wird.

Das war und ist der Sinn dieses Europaparteitags: eine Manifestation unserer Entschlossenheit, Europa die Freiheit zu erhalten, eine Manifestation unseres Willens, das europäische Einigungswerk im Geist und in der Erbsfolge Konrad Adenauers, Alcide de Gasperis und Robert Schumans zu vollenden.

Konrad Adenauer sagte zu Beginn der europäischen Diskussion: Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen; sie wurde eine Hoffnung für viele; sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle. — Dieses kluge Wort sagt mehr aus, als ein großes Manifest aussagen kann. Es ist der Auftrag für uns, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, für uns, die Europäische Volkspartei in Europa. Brechen wir hier von Kiel auf, leisten wir unseren ganz persönlichen Beitrag zum Bau des neuen Europas, eines Europas der sozialen Partnerschaft, der sozialen Verantwortung, der Freiheit, des Friedens, der Menschenrechte, der parlamentarischen Demokratie!

Die Alternative ist klar und unzweifelhaft: Die Sozialisten wollen die Zukunft Europas aus jenen Doktrinen des 19. Jahrhunderts gestalten, die bislang nirgendwo in der Welt den Menschen Glück und Verheißung gebracht haben. Wir, die Europäische Volkspartei, und wir, die CDU als ein Landesverband dieser Europäischen Volkspartei, werden nicht zulassen, daß Sozialisten und Kommunisten in einer unheiligen Allianz gemeinsam die Uhren des freien Europas um 100 Jahre zurückstellen.

Die Erkenntnis von hundert Jahren nationalstaatlicher Geschichte, von Kriegen, Not, Blut und Elend ist für uns ganz klar: Zwischen Freiheit und Unfreiheit gibt es keinen dritten Weg; wir müssen uns dem Urteil der Geschichte stellen. Deshalb lassen Sie uns gemeinsam kämpfen für dieses Ziel, daß die Europäische Volkspartei am 10. Juni die stärkste politische Kraft in Europa wird, daß es aus dem Geist der Christlichen Demokratie möglich ist, die wesentlichen und entscheidenden Bausteine im Fundament des neuen Gebäudes aus unserem Geiste zu prägen und zu gestalten.

Weil beides in einem engen politischen Zusammenhang steht, ist es so wichtig, daß wir hier in Schleswig-Holstein am 29. April gemeinsam mit Gerhard Stoltenberg und seiner Mannschaft, gemeinsam mit jedem, der mit uns ist, um jede Stimme kämpfen. Es geht um eine klare Entscheidung für die CDU in Schleswig-Holstein, für Gerhard Stoltenberg als Ministerpräsidenten.

Und mit einem klaren Wahlsieg hier in Schleswig-Holstein wollen wir aufbrechen zur Schlußphase der großen Auseinandersetzung in der Europawahl am 10. Juni. Es kommt auf jeden von uns an, auf seinen ganz persönlichen, überzeugenden Einsatz. Ich rufe Ihnen zu:

Gehen wir gemeinsam ans Werk! Wir sagen ja zu Europa, weil wir ja sagen zu unserem deutschen Vaterland.

Heiner Geißler:

Wir fordern einen Bundesstaat europäischer Nation

Die Europäer sind Zuschauer der weltpolitischen Ereignisse geworden, von denen ihre eigene Existenz abhängt. Ihr Schicksal liegt in den Händen von Staatsmännern anderer Kontinente. Selbst der Satellit Moskaus, Fidel Castro, hat vermutlich mehr Einfluß auf die afrikanische Politik und ihre Auswirkungen auf Europa, als die Regierungschefs in Paris, London und Bonn. Diese sonnen sich von Zeit zu Zeit im Glanz von Weltgipfeln, wie weiland die Duodezfürsten des Absolutismus im Glanz der Könige von Versailles. Tatsächliche Macht besitzen sie nicht.

Das Europa der Gemeinschaft ist zahlreicher an Bevölkerung als die USA und die Sowjetunion, aber die Sicherheit Europas hängt davon ab, ob die Vereinigten Staaten bereit sind, der atomaren und konventionellen Bedrohung Westeuropas abschreckende Trägersysteme entgegenzustellen.

Das Europa der Gemeinschaft übertrifft an Wirtschaftskraft und Bruttosozialprodukt jede andere Macht der Welt, aber die Dauer dieses Reichtums hängt ab von der Rohstoffpolitik arabischer Führer.

Ein Europa, das seine Geschicke selbst lenken will, braucht vor allem eine Idee. Es muß wissen, was es will. Ohne eine solche Idee entsteht ein geistiges Vakuum, in das die Ideen der Mächte einströmen, die uns umgeben.

Aber auch der Sozialismus kann uns vom Ziel eines freien und selbständigen Europa nur entfernen.

Wir lehnen ein sozialistisches Europa ab, weil es in den Sog des sowjetischen Machtzentrums käme. Die marxistische Ideologie bildet dabei die Ebene, auf der Westeuropa an die Sowjetunion herangezogen werden soll. Die Ebene ist schief.

Wir lehnen ein sozialistisches Europa ab, weil es in den Sog des sowjetischen Marxismus markieren das Gefälle dieser schiefen Ebene, auf der Westeuropa in das östliche Lager abgleiten soll. Denn die Übergänge zwischen diesen verschiedenen Spielarten des Marxismus sind im Zeichen praktizierter Konvergenz, im Zeichen einer Politik des Wandels durch Annäherung, im Zeichen von Volksfrontbündnissen von Kommunisten und Sozialisten Westeuropas fließend.

Wir lehnen ein sozialistisches Europa ab, weil eine große Mehrheit unserer Bürger nicht in einem sozialistischen Europa leben will. Nach einer neueren Untersuchung wollen 65 % der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nicht in einem Europa leben, das nach den Vorstellungen der Sozialisten gestaltet ist. Selbst 39 % der Wähler der SPD lehnen ein sozialistisches Europa ab.

Wir lehnen ein sozialistisches Europa ab, weil der Marxismus eine Kampfidologie ist,

die auf geistige Eroberung und Unterwerfung ausgeht, und die damit eine Gefahr für die Vielfalt der Kultur und den Reichtum der Ideen in Europa bildet. Wie der Nationalismus ist auch der Marxismus eine expansive Ideologie. Er versteht sich selbst als geistige Waffe im Kampf der Klassen.

Das Bekenntnis von Marxisten und Eurokommunisten zur Pluralität bedeutet immer nur die Anerkennung, daß heute der Marxismus noch nicht die Oberhand hat. Aber Ziel bleibt immer die Überwindung, die Ausschaltung, die Gleichschaltung anderer Überzeugungen. Europa darf nicht zu einer geistigen Kolonie des Marxismus werden.

Wir lehnen ein sozialistisches Europa ab, weil Europa nicht auf ökonomische Belange verkürzt werden darf. Wenn die SPD mit dem Slogan „Europa der Arbeitnehmer“ wirbt, dann weisen wir darauf hin, daß der soziale Fortschritt in der Bundesrepublik Deutschland nicht von Sozialdemokraten, sondern von Christlichen Demokraten begründet worden ist.

Hinter der Formel vom Europa der Arbeitnehmer verbirgt sich in Wirklichkeit das Ziel eines sozialistischen Europa. Es verrät die Fixierung des Sozialismus auf das materialistische Menschen- und Weltbild des Marxismus, das den Menschen als produzierendes Wesen definiert und Politik als Resultat gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse mißversteht. Wer so vorgeht, wer den Menschen auf seine Arbeitnehmerfunktion reduziert, muß zwangsläufig in seiner Politik die nichtmateriellen Bedürfnisse und Hoffnungen des Menschen übergehen.

Die materialistischen Theorien des 19. Jahrhunderts, der ungebundene Kapitalismus und der Marxismus sind blind für die Zukunft. Denn Europas Zukunft ist nicht eine Kombination von wirtschaftlicher Freihandelszone und sozialistischer Internationale. Die Idee Europas liegt jenseits von Angebot und Nachfrage, wie auch jenseits von Planwirtschaft und Klassenkampf.

Heute ist offensichtlich, daß in Zukunft nichtmaterielle Ziele und Ideen größere Bedeutung gewinnen werden. Die Sinnfrage wird wieder außerhalb der materiellen Existenz gesehen. Als Zeichen dafür ist zu werten, daß nach einer neuen Untersuchung die Bevölkerung der Verbesserung der finanziellen Verhältnisse erst den achten Rang unter den persönlich erstrebenswerten Zielen einräumt.

Als ein solches Beispiel ist auch zu werten, daß der Auftrag des Grundgesetzes, an der deutschen Einheit festzuhalten, von 1973 bis 1978 sogar eine gestiegene Zustimmung fand, nämlich von 73 % auf 75 %, während die Dauer der Teilung doch erfahrungsgemäß einen Gewöhnungsprozeß hätte bewirken müssen.

Mit seiner wieder zunehmenden Ausrichtung auf den Marxismus ist der Sozialismus in Westeuropa ein Repräsentant des ausklingenden Ökonomismus.

In dem Maße, wie sich der Übergang vom ökonomistischen Zeitalter zu einem nachökonomistischen vollzieht, wird deshalb der Sozialismus zunehmend deplazierter, unzeitgemäßer. Er paßt nicht in die gesellschaftliche und damit nicht in die politische Zukunft.

Dies ist die Chance der CDU, die sich mit ihrem Grundsatzprogramm, mit ihrer Grundwertediskussion, der neuen Zeit gestellt hat.

Diese Chance, müssen wir um Europa willen ergreifen. Wir Christliche Demokraten haben eine Idee von Europa: das freie und soziale Europa, das friedfertige Europa, das seiner Kultur verpflichtete Europa, das Europa der lebenswerten Zukunft, das Europa der Freiheit und der Menschenwürde:

Wir Christliche Demokraten wollen ein friedfertiges Europa schaffen, das beweist: Stärke und Friedensbereitschaft schließen sich nicht aus, die scheinbare Naturgesetzlichkeit wiederkehrender Kriege ist widerlegbar.

Wir Christliche Demokraten wollen das kulturelle Europa bewahren, das aus seiner Vielfalt und seinem geistigen Reichtum Ideen und Ideale gewinnt, an denen sich die Hoffnungen der Menschen entzünden.

Wir Christliche Demokraten wollen ein lebenswertes Europa schaffen, das den sich entwickelnden Ländern der Welt Beispiele gibt, wie wirtschaftliches Wachstum und Erhaltung der Lebensgrundlagen zu vereinbaren sind.

Wir Christliche Demokraten wollen das Europa der Freiheit und Menschenwürde erhalten. Wohl wissend, daß Krieg, Folter und Tyrannei auch in Westeuropa erst 30 Jahre zurückliegen, wollen wir beweisen, daß Freiheit und Menschenwürde dauerhaft erhalten werden können.

Um dieses Europa zu schaffen, bedarf es des Selbstbehauptungswillens, der Vitalität, der Stärke, ja der Macht. Um dieses Europa zu schaffen, muß logischerweise am Ende des Einigungsweges eine handlungsfähige europäische Regierung stehen. Deshalb wollen wir das politische Europa. Deshalb fordern wir Christliche Demokraten einen Bundesstaat europäischer Nation.

Im gemeinsamen Programm der Europäischen Volkspartei haben wir einen Weg zu diesem Ziel aufgezeichnet, die Stufen beschrieben.

- ① Direktwahl des Europäischen Parlaments und volle Anwendung der bestehenden Gemeinschaftsregelungen, die heute weitgehend blockiert sind.
- ② In der ersten Legislaturperiode des direkt gewählten Parlaments eine Verstärkung seiner Zuständigkeiten und die Schaffung neuer Zuständigkeitsbereiche für die Gemeinschaft.
- ③ Am Ende der Entwicklung: ein direkt gewähltes Europäisches Parlament, das dem freien Willen der Völker Ausdruck verleiht, eine Kammer der Staaten, die die legitimen Interessen der Mitgliedstaaten vertritt, eine europäische Regierung, die willens und fähig ist, wirklich zu regieren.

Wir wehren uns gegen den Vorwurf, Europa sei eine nicht realisierbare Utopie. Wer vom Ziel nicht spricht, wer es nicht fordert, wird niemand von ihm überzeugen, wird es nicht erreichen. Es gibt Beispiele genug, wie scheinbar Unmögliches möglich gemacht wurde. In der Geschichte und in der Gegenwart: Um die Jahrhundertwende zog ein Mann von Vortragssaal zu Vortragssaal und forderte einen Staat für das jüdische Volk:

Theodor Herzl. Heute gibt es den Staat Israel. Im vergangenen Jahr flog ein Mann von Kairo nach Jerusalem, um den unmöglich erscheinenden Frieden im Nahen Osten zu erreichen: Anwar El Sadat. Heute wird der Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel unterzeichnet.

Diese Männer hatten eine Vision, Mut, Willen und Ausdauer. Sie haben den Spott ertragen und die Gefahr nicht gescheut. Sie wußten und wissen wie wir: die Zukunft gehört nicht den Kleinmütigen, sondern denen, die stark hoffen und handeln. Unsere Mission ist Europa.

Hans Katzer:

Partnerschaft ja – Klassenkampf nein

Die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament am 10. Juni bedeuten eine grundlegende Veränderung für Europa. Die Wahlen werden endlich eine demokratische Selbstverständlichkeit nachholen und den Bürger die weitere Zukunft Europas direkt bestimmen lassen. Vor allem aber: Wie die ersten Wahlen nach dem 2. Weltkrieg für Deutschland von entscheidender Bedeutung waren, so werden diese ersten europäischen Wahlen die politischen Weichen für die Zukunft Europas festlegen.

**Heute wie damals stehen wir vor der Alternative: Partnerschaft oder Klassenkampf!
Heute wie damals werden wir für eine freiheitliche und soziale Zukunft kämpfen.**

Im Vorfeld der Europawahlen ist deutlich geworden, daß zumindest gewichtige Teile der SPD mit dem Godesberger Programm des Jahres 1959 ihre Klassenkampfposition nur unter taktischen Gesichtspunkten aufgegeben haben. Die SPD wäre sonst nie koalitions- und regierungsfähig geworden! Bei den anstehenden Europawahlen glaubt sie sich von diesem Zwang befreit. Entsprechend unbekümmert ist das Kölner Europawahlprogramm der SPD: Die Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft wird verlassen. Investitionsmeldestellen, Investitionskontrollen und staatliche Planung sollen den Weg für eine zentralistisch gesteuerte und bürokratisch verwaltete sozialistische Gesellschaft öffnen.

Die Solidarität der Demokraten wird aufgekündigt. In diffamierender Weise unternimmt man den Versuch, die Christlichen Demokraten Europas in eine rechtsextreme Ecke zu drängen; als wollten wir in Europa den „autoritären Obrigkeitsstaat“ errichten. In wenigen Wochen werden wir am 20. Juni dem 35. Jahrestag des Widerstandes gegen Hitler auch vieler christlich-sozialer und christlich-demokratischer Persönlichkeiten gegen den Nationalsozialismus gedenken. Vor diesem Hintergrund

gehört schon ein trauriger Mut dazu, uns als „Hauptgegner“ zu bezeichnen, die „Eurokommunisten“ dagegen als bloße „Gegner“ zu verharmlosen.

Dabei sind die „Eurokommunisten“ doch nicht daran zu messen, wie unabhängig sie angeblich von Moskau geworden, sondern wie kommunistisch sie geblieben sind!

Aus der Solidarität der Demokraten ausschierend ist die SPD dabei, sich in die — sozialistische — „Solidarität der Arbeiterbewegung“ einzureihen. Für Horst Ehmke ist der „Eurokommunismus“ die Hoffnung, daß „eines Tages die historische Spaltung der Arbeiterbewegung in Westeuropa überwunden werden kann.“ Niemand kann es dann mehr verwundern, wenn — diesem Denken verhaftet — Willy Brandt auf einer Pressekonferenz am 15. März d. J. die Warnung der CDU vor einem Volksfrontbündnis in Europa, die Warnung der CDU vor einer Bedrohung der Freiheit in Europa als einen Angriff auf die Arbeiterbewegung begreift.

Ist es etwa kein Volksfrontbündnis, was sich in Europa abzeichnet? In Italien sind Sozialisten nicht bereit, mit den Christdemokraten eine Regierung ohne Beteiligung der Kommunisten zu bilden. In Frankreich sind bei der letzten Wahl Sozialisten und Kommunisten ein festes Bündnis eingegangen. In Deutschland koalieren Jungsozialisten mit dem DKP-nahen Spartakus, nicht aber mit dem RCDS. Das Kölner Programm der SPD macht die Kommunisten in Westeuropa zu potentiellen Bündnispartnern. Unsere Sorge vor einer möglichen Koalition von Sozialisten und Kommunisten ist doch nur allzu berechtigt.

Und Kommunisten sind in Europa nicht dort stark — wie Herr Brandt wider besseres Wissen behauptet — wo Christdemokraten lange regieren — unser Land ist dafür das beste Beispiel —, nein, Kommunisten sind dort stark, wo Sozialisten ein eigenständiges Profil schon lange verloren haben.

Dies alles müssen wir aussprechen, weil dies die Herausforderung ist, vor die uns die europäischen Sozialisten gestellt haben. Wer dies ausspricht, betreibt nicht die geistige Spaltung Europas — wie Willy Brandt behauptet. Die geistige Spaltung Europas wird von denen betrieben, die erneut die Gräben des Klassenkampfes aufreißen.

Wir verbitten es uns, wenn wir Klassenkampf und Volksfront als Gefahr für ein freies und soziales Europa ansehen, dann von der SPD als arbeitnehmerfeindlich bezeichnet zu werden. Unsere Position ist klar: In dem Bemühen um ein freies und soziales Europa werden wir uns von niemandem übertreffen lassen. Partnerschaft ist die tragende Idee unserer Politik. Ohne sie wäre eine funktionierende Tarifautonomie mit starken Gewerkschaften nicht denkbar.

Ohne sie gäbe es keine Mitbestimmung der Arbeitnehmer, und ohne sie gäbe es auch keine Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand; auch wenn — lassen Sie mich das kritisch anmerken — wir noch nicht zufrieden sein können mit dem, was wir bisher erreicht haben.

In den Kategorien des Klassenkampfes ist privates, persönliches Eigentum die Wurzel von Unterdrückung und Ausbeutung. Aber die Unterwerfung des Eigentums unter ein

diktatorisches Kollektiv der Arbeiterklasse hat noch nie Unterdrückung und Ausbeutung beseitigt.

Geprägt von dieser Idee der Partnerschaft haben wir Christdemokraten die Aussöhnung mit den Völkern Europas vorangetrieben. Die europäische Einigung war und ist vor allem ein Werk des Friedens. Darin liegt die historische Größe der Europäischen Gemeinschaft. Der Friede in Europa ist von unschätzbarem Wert. Wir dürfen deshalb in Europa nicht den kleinlichen Maßstab des Finanzbuchhalters anlegen. Das Schlagwort des ehemaligen Finanzministers Apel vom „Zahlmeister Europas“ ist — alles in allem — nicht nur falsch, sondern der Einigung Europas abträglich.

Die hohe Zahl der Arbeitslosen in Europa, vor allem bei Jugendlichen, Frauen und älteren Arbeitnehmern verlangt unsere volle Solidarität. Wir haben vor der Europäischen Volkspartei umfassende Vorschläge unterbreitet, damit Vollbeschäftigung und das Recht auf Arbeit wieder politische Praxis werden kann.

Das Fundament einer an Partnerschaft ausgerichteten Politik ist für uns die Soziale Marktwirtschaft. Auf diesem Fundament wollen wir das Europa des Friedens und der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit errichten.

Wir sagen ja zur Partnerschaft und nein zum Klassenkampf.

Kai-Uwe von Hassel

Bürgerfreiheit ja — Bürokratie nein

Als François Poncet, Hochkommissar und erster französischer Botschafter in Bonn, sich im Herbst 1955 von den Ministerpräsidenten der deutschen Länder verabschiedete, sagte er in seiner Rede, er sähe mit Neid, was Deutschland aus der von den Siegern verordneten Grundordnung des Föderalismus gemacht hätte; sein Land bräuchte weniger Sorgen zu haben, wenn es zu einer ähnlichen Staatsordnung gefunden hätte.

Wir Schleswig-Holsteiner sind Schleswig-Holsteiner geblieben, die Bayern sind Bayern geblieben; wir sind nicht ein Gemisch geworden, wir sind der Heimat verbunden geblieben. Ebenso würde es in einem föderativen Europa sein. Die französische Küche bleibt führend, die italienische unnachahmlich, die bayerische findet ihre Freunde, die englische wird englisch bleiben. Wir wollen genausowenig wie die Franzosen einen Massenstaat.

Dem Europa, das wir wollen, steht ein sozialistisches Europa entgegen.

Das von den Sozialdemokraten zu Beginn des hessischen Wahlkampfes veröffentlichte Programm ist kein europäisches der europäischen Sozialisten und Sozialdemokra-

ten, sondern im wesentlichen nur das der deutschen. Die Labour Party hat sich nicht beteiligt, der Franzose Mitterand blieb im wesentlichen abstinenter. Die Holländer, die mitwirkten, haben nichts wie Schwierigkeiten bereitet. Ein gemeinsames Programm ist dieses nicht. Außerdem ist es das dritte; das erste und zweite verschwand wieder in der Versenkung.

Im Programm: Kein Satz zur Integration, kein Gedanke zur Stärkung des neuen Europa, keine wirkliche Aussage.

Die internationalen Sozialisten halten es für einen Erfolg, daß man Schmidt hat bewegen können, das Wort Integration fallen zu lassen. Kein Paragraph über die institutionelle Stärkung, die politische Vertiefung der Gemeinschaft. Man spricht nicht vom Parlament, sondern von einer Versammlung. Jede weitere Übertragung von Befugnissen der nationalen Regierung und der Parlamente an die Gemeinschaftsorgane soll nur mit klarer Zustimmung der nationalen Organe erfolgen können.

Sie finden kein Wort über Deutschland, in der Frage des militärischen Gleichgewichts erklärt man es nur noch zeitweilig für notwendig, man ist zu Konzessionen bei Rüstungsverhandlungen bereit, neuen Waffensystemen stimmt man nur zu, wenn sie die Verhandlungen nicht behindern, die Einigung darf nicht gegen den Osten gerichtet sein.

Wirtschaftlich einschneidende, geradezu bedrohliche Änderungen werden programmatisch beschrieben mit „Globalsteuerung“ und „wirtschaftlicher und demokratischer Rahmenplanung“ durch „Prognoseplanung“, „Investitionslenkung“, „Planung und Demokratisierung auch im privatwirtschaftlichen Sektor“.

Der einzige wirklich interessante Satz: Sie streben die 35-Stunden-Woche an.

Das Programm geht vom sozialistischen Menschenbild aus, ist ein Rückfall um zwei Jahrzehnte.

Zwischen der deutschen SPD und der internationalen Partei klappt eine unüberbrückbare Kluft.

Wer die sozialistische Politik kennt und dieses Programm prüft, findet überall das Mißtrauen gegen Freiheit und Eigenverantwortlichkeit, gegen die autonomen Institutionen der Wirtschaft und der Gesellschaft. Mißtrauen aber mündet immer in mehr staatliche Regelung; mehr staatliche Regelung bedeutet Bürokratisierung.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Verwaltung ist essentielles Element aller staatlichen Ordnung; ihre Mitglieder sind Diener unseres Staates. Wir Christlichen Demokraten haben immer wieder unser Bekenntnis zu ihnen abgegeben.

Bürokratisierung aber ist die Übertreibung, die Überspitzung, ist Verwaltung um der Verwaltung willen, bedeutet Aufblähung eines ungeheuren Apparates und seiner Kosten, vor allem aber unerträgliche Einengung der Freiheit des einzelnen.

Sozialistische Politik ist geprägt von der Tendenz zum Kollektiv. Das Kollektiv aber tötet die Leistung; seine Bürokratisierung führt zur allumfassenden Reglementierung, führt zum Ende jeglicher Bürgerfreiheit. Wir aber wollen, daß der Aufstieg durch Leistung möglich bleibt und für immer mehr Bürger eröffnet wird.

Der Bürokratie kann nur noch ein Parlament begegnen, in der verantwortungsbewußte Politiker sich der Sucht entgegenstellen, alles zu kodifizieren. Diese Sucht der vereinigten Linken im Deutschen Bundestag gibt der Bürokratie die Grundlage auf Dauer, bis in jedes nur denkbare Detail zu verordnen, zu reglementieren und damit den freien Bürger zu gängeln.

Nun ist bekannt, daß es in Europa einen tiefgehenden Dissens über die Frage künftiger Rechte des Europaparlamentes gibt. In der Gemeinschaft zu entscheiden hat nur der Gipfel der Staats- und Regierungschefs oder der Ministerrat. Und zwar — entgegen dem Vertrag von Rom —: einstimmig. Das Europäische Parlament hat generell zunächst einmal keine Entscheidungsbefugnis. Und die nationalen Parlamente? Auch keine. Sie müssen zwar formal vielem zustimmen. Das aber post festum.

Neun Minister setzen heute europäisches Recht, dieselben neun führen es durch, die nämlichen neun kontrollieren sich selbst.

Dennoch ist die Praxis des bisherigen Europäischen Parlaments eindrucksvoll. Es hat sich bis heute eine Reihe von Rechten erwirkt: Als ganz entscheidendes Recht einen Teil der Finanzkontrolle im Rahmen des Gemeinschaftshaushalts; die Möglichkeit eines Mißtrauensvotums gegen die Kommission; mündliche und schriftliche Anfragen an die Kommission sowie die Fragestunden; das Recht, durch den Rat konsultiert zu werden; das Recht, innerhalb des Zuständigkeitsbereiches der Verträge Initiativen vorzulegen und von der Kommission zu verlangen, daß sie bestimmte Vorschläge dem Rat unterbreitet. Alles in allem ein Bündel von Kompetenzen, durch das sich das Europäische Parlament in seiner Entscheidung dem eines echten Parlaments genähert hat.

Tatsache ist außerdem, daß es Hunderte von Debatten im Europäischen Parlament gab, die zu klaren Voten führten. Die Abgeordneten ließen ihre nationale Lage gewiß nicht aus dem Gesichtsfeld, fanden aber immer zu einem wirklich „europäischen“ Kompromiß.

Die Politiker sind daher zum Handeln aufgerufen. Unmittelbar vom Volk gewählt, können sie für die Europäische Gemeinschaft Politik treiben, sie können als Parlamentarier dem Europäischen Parlament eine neue Qualität geben, dem Europäischen Parlament wird die Chance geboten, die politische Rolle zu spielen, die ihm zukommt.

Der Ministerrat muß wieder in die Rolle zurückfinden, die ihm die Römischen Verträge zuweisen: Die vertragswidrige Praxis der fast willkürlichen Anwendung der Einstimmigkeitsregel muß überwunden werden; er darf sich nicht als intergouvernementale Konferenz betrachten; er muß sich als Gemeinschaftsorgan verstehen und so handeln.

Die Kommission muß wieder den Mut aufbringen, ihr Initiativrecht voll auszuüben; sie darf nicht zulassen, daß ihre Vorhaben schon in den ungezählten Expertengremien zu Fall gebracht werden — Gremien, in denen nach wie vor offen und massiv die nationalen Egoismen gepflegt werden.

Die Kommission wäre auch gut beraten, ihre Neigung zum Perfektionismus zu zügeln,

die sie veranlaßt, eine Ordnung über Qualitätsmerkmale von Tulpenzwiebeln oder über die Größe der Luftkammer im europäischen Frischei oder eine Marktordnung für nicht eßbare Gartenerzeugnisse zu entwerfen. Sie muß durchdachte, zukunftsweisende, politische Anstöße geben, für die sie dann immer die Unterstützung des Europäischen Parlaments haben wird.

Wenn Politiker in nationaler Verantwortung und in Europa ihre Aufgabe so sehen, wird der Leitgedanke Wirklichkeit werden können: Bürgerfreiheit ja — Bürokratie nein!

Egon Klepsch:

Sicherheit ja — Neutralisierung nein

Die entscheidende Frage nach der Sicherheit des freien Europa kann aus der Diskussion um die Wahl des ersten direkt gewählten Europäischen Parlaments nicht ausgespart werden. Sie ist vielmehr von zentraler Bedeutung, denn überall im freien Europa fragt man sich heute, aufgeschreckt durch die sich häufenden Äußerungen verantwortlicher SPD-Politiker, wohin führt der künftige Weg der Deutschen? Es sei nur an Wehners „Idee einer großen europäischen sozialistischen Allianz“ erinnert, an seine zwischeneuropäische „Entspannungszone“ von Skandinavien bis Sizilien, an die Ideen einer „Wirtschaftsgemeinschaft mit der DDR“, und wem fiel da nicht sein in den Schubladen ruhender, aber von der Partei nicht abgelehnter Deutschlandplan ein?

Die Debatte im Bundestag hat die tiefe Divergenz zwischen der besonders von Außenminister Genscher vertretenen offiziellen Linie der Regierung und den Positionen der SPD-Fraktion aufgezeigt. Bemerkenswert das Kneifen Helmut Schmidts vor Herbert Wehner. Wortreiche Bekundungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Sozialisten auch in Deutschland mit der europäischen Einigungspolitik gegenwärtig wenig im Sinn haben.

Verteidigungsfragen, Sicherheitspolitik gehören nicht zu den Gebieten, die die Römischen Verträge der Gemeinschaft zugewiesen haben.

Dennoch sprechen wir Christlichen Demokraten die Sicherheitspolitik im Europawahlkampf an, ja, treffen wir auf diesem Gebiet zentrale Wahlkampfaussagen. Dennoch treten wir dafür ein, daß die Gemeinschaft auch in den sicherheitspolitischen Bereich ausgreift. Dennoch muß die sicherheitspolitische Lage unseres Kontinents zunehmend auch in den allgemein politischen Debatten des künftigen Europäischen Parlaments eine Rolle spielen.

Wir müssen uns als Europäer den fundamentalen Fragen nach der Sicherheit und nach der sicherheitspolitischen Einordnung des künftigen Europas stellen weil der europäische Sozialismus heute die bisher gemeinsamen außen- und sicherheitspolitischen Ziele in einer Weise verschiebt, die für unseren Kontinent dramatische Konsequenzen haben muß. Es ist an der Zeit, daß der europäische Bürger, gerade wenn er seine Stimme zur Wahl des ersten direkt gewählten Europäischen Parlaments abgibt, diese Konsequenzen ermißt. Dazu soll diese Beschlußvorlage beitragen.

Die CDU hat unter Konrad Adenauer die grundsätzlichen Optionen für unser Land getroffen: Die unwiderrufliche Westeinbindung, den Eintritt in die NATO, die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten, die feierliche Verpflichtung zur Einigung Europas. Adenauer hat erkannt, daß die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit nur von diesen Optionen aus Chancen auf Verwirklichung hat. Ausgangspunkt dieser Optionen war der Freiheitswille. Wir haben immer dafür eingestanden, daß Freiheit vor Frieden, Freiheit auch vor deutscher Einheit gehen muß.

Die SPD hat nach den tiefgreifenden politischen Auseinandersetzungen der 50er Jahre diese Optionen letztlich akzeptiert und sie seit dem Godesberger Programm im Parlament auch weitgehend mitgetragen.

Mit dem Godesberger Programm hat in der deutschen Politik eine Ära des relativen Konsensus zu der Außen- und Sicherheitspolitik eingesetzt. Es hat erst die große Koalition möglich gemacht.

Diese Gemeinsamkeit in den entscheidenden Optionen deutscher Politik, droht heute verloren zu gehen. Der Prioritätenkatalog deutscher Außen- und Sicherheitspolitik wird von starken Kräften in der SPD heute verschoben.

Regierungsamtliche Äußerungen sind noch in der Sprache der Konsensusära gehalten, selbst wenn die reelle Bedrohung, der unser Land, unser Kontinent gegenübersteht, immer wieder bewußt verharmlost wird. Unter dieser Oberfläche sind jedoch Kräfte am Werk, Kräfte, die mit jedem Tage stärker werden, und von denen zielstrebig die Weichen für eine ostorientierte Neutralisierungspolitik gestellt werden, die sich als Friedenspolitik ausgibt.

Es ist nicht genug, daß wir die Gefahren neutralistischer Politik aufzeigen und vor ihnen warnen. Uns muß es ebenso darum gehen, durch gestaltendes Handeln diesen Risiken entgegenzuwirken. Gemeinsam mit unseren christlich-demokratischen Partnerparteien müssen wir deshalb für die konsequente Fortsetzung des europäischen Einigungswerks eintreten. Sicherheitspolitik in Europa bedeutet heute auch, die Gemeinschaft und ihre Institutionen zu härten. Es geht auch darum, Mißverständnisse, die sich lange Zeit als Hindernisse auf dem Wege nach Europa aufzutürmen schienen, aus dem Wege zu räumen.

Ein solches Hindernis ist in vielen Ländern Europas in den letzten Monaten der Streit über die künftigen Befugnisse des Europäischen Parlaments gewesen. Für einen

Dogmenstreit über die Parlamentsbefugnisse ist jedoch kein Raum. Der Weg von einer systematischen Ausschöpfung der jetzigen Möglichkeiten der Römischen Verträge zu einer Fortentwicklung der Verträge selbst im einvernehmlichen Mitwirken aller Mitgliedstaaten der Gemeinschaft ist klar vorgezeichnet. Niemand wird dabei übergangen, kein nationales Parlament wird um seine verfassungsmäßigen Rechte verkürzt.

Unnütz, wie mancher Streit um die Parlamentsbefugnisse, ist auch der Streit zwischen den Anhängern von föderaler und konföderaler Lösung gewesen. Wir setzen uns für die Verwendung staatenbundlicher ebenso wie bundesstaatlicher Rechtselemente ein, die dem Fortschritt der Gemeinschaft dienen könnten, wir wollen die pragmatische aber zügige rechtliche Verfestigung von sich herausbildender Gemeinschaftspraxis, wo immer der Konsensus der Bürger dies zuläßt.

Unfruchtbar und hinderlich war auch der alte Streit zwischen Atlantikern und Europäern gewesen, so sehr er noch immer in dem einen oder anderen Mitgliedsland der Europäischen Gemeinschaft herumgeistern mag. Europäische Einigung und Atlantisches Bündnis sind kein Gegensatz, sondern gehören zusammen. Nur in der Geborgenheit einer starken Allianz kann die Europäische Gemeinschaft heute ihr Überleben sichern und sich als Friedensfaktor für Europa und die Welt entwickeln.

Nur ein Europa, das in dieser Geborgenheit ruht und sich kontinuierlich weiterentwickelt, kann sich auch der Aufgabe stellen, die Spaltung Deutschlands und Europas zu überwinden. Nichts hat in den letzten beiden Jahrzehnten Adenauers Erkenntnis erschüttert, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit von der Integration in Europa, von der Integration in den freien Westen her allein möglich gemacht werden kann. Europäische Einigung und deutsche Wiedervereinigungspolitik können deshalb kein Gegensatz sein.

Wir haben in unserem Grundsatzprogramm bekräftigt, daß wir im Frieden die Spaltung Europas und mit ihr die Teilung unseres Vaterlandes überwinden wollen. Das ist der Standpunkt von dem aus wir Neutralisierung und Herauslösung unseres Landes aus dem westlichen Staatenverband ablehnen.

Die deutsche Frage lautet einfach: Wollen wir Europäer in dieser Welt einen eigenständigen Beitrag zu ihrer Entwicklung leisten, eine konstruktive Rolle spielen oder einzeln oder in Gruppe zu manipulierten Objekten werden? Hat dieses Europa die Fähigkeit, den Willen und die Kraft der Welt zu beweisen, daß Friede und Freiheit und menschenwürdige Ordnung dauerhaft miteinander gemeinsam verwirklicht werden können? Heute ist das keine Frage des Neubeginns, es ist auch nicht nur eine des Überlebens, wir haben unsere Lösungsvorschläge, unsere Botschaft der freiheitlichen Friedensordnung allen vorzuleben.

So geben wir auch denen Hoffnung, die noch um sie kämpfen und sie entbehren müssen. Die CDU und alle ihre Partner in der EVP ringen geschlossen für die Europäische Union und ihre Zukunft in gesicherter Freiheit.

Diese Wahlen müssen unser gemeinsamer Erfolg für Europa werden

LEO TINDEMANS, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei

Ich schätze mich glücklich, heute auf Ihrem Parteitag als Gast weilen und zu Ihnen sprechen zu können. Angesichts der Schwierigkeiten, mit denen Europa zu kämpfen hat, ist es zumindest eine erfreuliche Erscheinung, daß wir uns einander besser kennen- und schätzengelernt haben. Nun können wir in einem Geist zusammenarbeiten, der aus der Erkenntnis der gemeinschaftlichen Prinzipien und des gemeinsamen europäischen Programms hervorgeht.

Als Präsident der Europäischen Volkspartei bringe ich meine Freude darüber zum Ausdruck, daß wir auf unserem Kongreß im vergangenen Monat Februar die Leitlinien für ein gemeinsames Wahlprogramm einstimmig verabschieden konnten.

Bei dieser Gelegenheit habe ich ebenfalls mit Nachdruck die Bedeutung der Bildung von Parteien auf europäischer Ebene hervorgehoben. Wir haben alle eine eigene politische Geschichte und einen eigenen Rahmen, in dem sich unser politisches Leben abspielt, der nicht mit den Gegebenheiten in anderen Ländern vergleichbar ist, mit dem, was dort geschieht oder besteht. Dies wollte ich auf unserem Brüsseler Kongreß ganz besonders unterstreichen, weil es so wichtig ist, und zwar auch für die europäische Leistung. Ich möchte hier behaupten, daß die Gründung einer europäischen Partei wie der EVP für sich allein genommen schon ein Stück europäische Einigung bedeutet — und nicht das einfachste.

Wir mußten ja von unserer eigenen Vergangenheit ausgehen. Jede Partei — das wissen Sie — hat ihre eigene Geschichte und bedeutet ein Stück nationaler Psychologie, die von den anderen nicht immer sofort verstanden wurde. Wir hatten unsere Traditionen, unsere Gewohnheiten, unsere Sprache, manchmal aber auch unseren politischen Jargon. Viele Hindernisse mußten überwunden werden, aber wir schafften es.

Wir schafften es, und wir wollen Europa heute und morgen zeigen, wie wir vereint marschieren und vereint schlagen.

Über die Grundsätze sind wir uns einig. Im Mittelpunkt stehen der Mensch, die Gemeinschaft, Solidarität und Freiheit. Unser Programm — ich wage es zu sagen — ist hervorragend. Nun müssen wir der Welt zeigen, wie ernst es uns mit seiner Ausführung ist. Wir müssen beweisen, daß wir den entschiedenen Willen haben, den Kampf gegen die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit, den Kampf um eine gerechtere Welt zu einem guten Ende zu führen.

Die Welt von heute bietet kein sehr ermutigendes Bild. Die Krise dauert an. Das

Währungschaos ist noch nicht beseitigt. Es ist nach wie vor äußerst schwierig, Einigung zwischen den Sozialpartnern darüber zu erreichen, wie die Krise am besten bekämpft werden kann und wie die Zukunft vorbereitet werden muß. Wenn Präsident Giscard d'Estaing von der Obsession der Zukunft spricht, so kann ich ihn sehr gut verstehen.

Es ist in der Tat die große Frage, wie wir unseren Kindern eine Zukunft gestalten und gleichzeitig mit dazu beitragen können, daß andere Völker auf der Welt die größtmöglichen Entwicklungschancen erhalten. Aus Idealismus und Realismus werden wir der Dritten und Vierten Welt helfen, während wir auch für uns selbst die Frage stellen: Was müssen wir tun, damit wir nicht zu zweit- oder dritrangigen Mächten absinken?

Wir stehen jetzt vor den europäischen Wahlen, die im Lichte der Geschichte von äußerst großer Wichtigkeit sind, denn nach Hunderten von Jahren innerer Zerstückelung, nach jahrzehntelangen Gegensätzen und kriegerischen Auseinandersetzungen, nach wirtschaftlichen und militärischen Konfrontationen werden wir nun ein Parlament für die neun Länder und für 260 Millionen Europäer wählen.

Obwohl man gewisse Aspekte dieser Europawahlen kritisieren kann — sie bleiben dennoch eine große historische Tat. Wir in der Europäischen Volkspartei müssen dann auch stärker unsere Auffassungen vertreten und nach draußen tragen. Niemand hat besondere Achtung vor einem Politiker, der es nicht wagt, Farbe zu bekennen, oder der behauptet, er setzte sich für etwas ein, jedoch seine Couleur weitgehend verborgen hält.

Die europäischen Wahlen sind eine einzigartige Gelegenheit, um klar und deutlich zu sagen, wie wir die Zukunft von Europa in bezug auf die Strukturen, die Politik, die Einrichtungen, aber auch das Europa des alltäglichen Lebens sehen. Das Europa des gewöhnlichen Bürgers ist äußerst wichtig.

Wir werden für ein Europäisches Parlament zur Wahl gehen, wodurch der europäische Bürger mobilisiert wird. Wir müssen ihm deutlich machen, worum es geht. Unsere Beschlüsse bekommen künftig eine echte Legitimität, weil sie von den Vertretern des europäischen Volkes angenommen werden. Dieses Europäische Parlament wird sich durch das Niveau und die Bedeutung seiner Aussprachen verwirklichen müssen.

Auf viele Fragen muß eine Antwort gefunden werden. Wir von der EVP haben in aller Deutlichkeit gesagt, wie wir uns die künftige Wirtschaftspolitik vorstellen, wie wir den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit neuem Dynamismus aufnehmen, wie wir die künftige Konstruktion Europas sehen.

Wir wollen den europäischen Beschlüssen eine Legitimation verleihen. Wir wollen die europäische Beschlußfassung demokratisieren. Wir wollen den europäischen Bürger in den Entscheidungsprozeß und in den europäischen Einigungsprozeß einbeziehen, der nicht das Privileg einer Handvoll Eurokraten bleiben darf. Folglich muß das Europäische Parlament auch Befugnisse erhalten, die eine solche Entwicklung ermöglichen und legitimieren.

Wenn wir unserer Generation und unseren Kindern eine Zukunft vorbereiten wollen, dann müssen wir handeln können, dann müssen wir imstande sein zu beschließen, damit wir eine gemeinsame Energiepolitik, eine neue, auf die Zukunft orientierte Industriepolitik, ein europäisches Währungssystem, eine europäische Politik des Umweltschutzes usw. ausarbeiten und verwirklichen können.

Auch dürfen wir nicht vor einer gemeinsamen Haltung in unseren wichtigsten auswärtigen Beziehungen zurückschrecken. Ein Blick in die Weltpolitik genügt, um deutlich zu sehen, wie explosiv die Situation in verschiedenen Teilen der Erde sein kann. Zu leicht bleibt Europa in der Weltpolitik ein politischer Zwerg. Auch das muß wiederholt betont werden, damit die europäischen Völker unser Streben nach Einigung noch besser verstehen können.

Viele Hoffnungen und Erwartungen setze ich in die CDU. In besonders schwierigen Zeiten hat Ihre Partei große Regierungsverantwortung getragen. In der Opposition haben Sie sich gestählt. Mit Ihnen als stärkster Kraft gehen die Christdemokraten Europas in diesen Kampf, damit das direkt gewählte Europäische Parlament morgen der Anfang eines neuen Kapitels in der Geschichte unserer Völker sein wird.

Wir Europäer sind keine vaterlandslosen Gesellen — und die Treue zu Europa, dem zweiten Vaterland —, die einzige Möglichkeit, um unseren Kindern Hoffnung und Zukunft, mit anderen Worten: ein großes politisches Ideal, zu geben. Diese Hauptaufgabe ist jetzt die europäische Einigung. Das heißt heute: Diese Europawahlen müssen ein Erfolg werden. Dazu müssen wir beitragen. Dafür müssen wir siegen. Und dafür rechne ich auf Sie.

EMILIO COLOMBO, Präsident des Europäischen Parlaments

Sie sind hier in Kiel zusammengekommen, in der nördlichsten Stadt der Bundesrepublik, zu dem Parteitag der CDU, der sich mit Europa befaßt, und Sie wollen sich politisch und programmatisch darauf vorbereiten, daß wir gemeinsam die stärkste Kraft in Europa werden.

Mein Heimatland liegt ganz im Süden Europas, weit entfernt von hier. Es ist Süditalien. Es ist faszinierend, zu sehen, wie sich heute in dem großen geographischen Bogen, der sich von Grönland bis Sizilien spannt, alle politischen Kräfte bemühen, ihre Energien zu mobilisieren, um sich in der Pluralität ihrer Zielsetzungen der ersten großen demokratischen Herausforderung der Europäischen Gemeinschaft, der Direktwahl ihres Parlaments, zu stellen. Diese politische Auseinandersetzung stellt zweifellos einen der wichtigsten Meilensteine der bewegten europäischen Geschichte dieses Jahrhunderts dar.

Es ist genau 40 Jahre her, seit die Völker Europas zu einer anderen Auseinandersetzung getrieben wurden, zu dem Brudermord, dem Krieg. 1939 und 1979 sind zwei Daten, zwei Jahreszahlen, die den Weg von einem blutigen Gegeneinander bis zu einem demokratischen Miteinander aufzeigen.

Der Gedanke des Europäischen Parlaments, wie er 1952 in Gestalt der Gemeinsamen

Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl geboren wurde, hat eine wichtige Zeit der europäischen Geschichte geprägt. Die Begründer der europäischen Zeit, Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi und Robert Schuman, haben ganz sicher gespürt, wie nötig es ist, unsere Interessen und Probleme nicht allein den diplomatischen und technokratischen nationalen oder auch europäischen Apparaten anzuvertrauen.

Der Beginn eines Europäischen Parlaments wurde gesetzt und hatte viele Erwartungen nach sich gezogen. Lassen Sie mich in diesem Bild bleiben: Es ist wie eine Pflanze, die sich langsam entwickelt hat. Dieses Bild hat Jean Monnet, der Bauernsohn aus der Charente, gebraucht. Er sagte: „Die Wurzeln der Gemeinschaft sind jetzt stark und reichen tief in die Erde Europas hinein. Sie haben schlechte Jahre überwunden, und sie könnten auch noch weitere ertragen.“

Wenn man die Beständigkeit der europäischen Gefühle und die Stabilität der gemeinschaftlichen Institutionen betrachtet, kann man nicht daran zweifeln, daß es sich um eine große Bewegung handelt, die sich mit den großen Epochen der europäischen Geschichte vergleichen läßt. Zu dieser Verwurzelung hat nicht wenig auch der zähe Kampf beigetragen, der von den nationalen Parlamenten bis heute gekämpft wird.

Von den Massenmedien kaum beachtet, in den heimischen nationalen Parlamenten wegen ihres Einsatzes für Europa oft mißverstanden, haben diese Abgeordneten auf nationaler Ebene durch die Schaffung von Gewohnheitsrecht und durch zwei von allen Nationalparlamenten der Mitgliedstaaten ratifizierten Vertragsänderungen dem direkt zu wählenden Parlament einen ordentlichen Ausgangspunkt für Befugnisse und Verantwortlichkeiten erkämpft. Das wird für die Zukunft ein gültiger Ausgangspunkt sein.

Diese Vertreter, die von den Völkern der Gemeinschaft gewählt werden, haben keine leichte Aufgabe zu erfüllen. Um aber diese Aufgabe erfüllen zu können, wird die direkte Wahl angesetzt. Sie müssen die vorhandenen Befugnisse des Parlaments klug und richtig einsetzen, sie müssen allerdings auch weiterhin um neue Befugnisse kämpfen, ohne durch die Empfindlichkeiten der nationalen Parlamente in unlösbare Konflikte zu geraten. Sie müssen in den Auseinandersetzungen mit dem Ministerrat subtile Dialektik anwenden, damit das Parlament als Ganzes im Prozeß der europäischen Integration neu Gestalt bekommt. Dafür ist es notwendig, daß die politischen Kräfte, die hier wirken, das europäische Mandat bekommen, das ihnen zufällt.

Die europäischen Parlamentarier können diese Schwierigkeiten allein nie meistern. Sie müssen integriert und getragen werden von ihren Parteien. Hier vor diesem Parteitag habe ich den Wunsch, folgende Botschaft an Sie weiterzuleiten: Die direkt in das europäische Parlament gewählten Abgeordneten müssen gleichberechtigt mit den nationalen und regionalen Abgeordneten an dem Willensprozeß auf europäischer Ebene beteiligt sein und sich beteiligen. Das ist eine Grundvoraussetzung, damit diese neue Phase erfolgreich fortgesetzt wird, die von den Gründern eingeleitet wurde.

Wir müssen eine Währungsstabilität gewährleisten, auf Grund derer Entwicklung und Wiederaufschwung möglich sind, damit unsere politischen Kräfte, die sich im Europäischen Parlament wiederfinden, die ersten sind, die dieses Ziel erreichen.

Wir müssen auch den Bereich der gemeinsamen Politik erweitern. Wir können nicht nur die gemeinsame Landwirtschaftspolitik auf unser Banner schreiben. Wir können nicht nur einige schüchterne Versuche zu einer gemeinsamen Industriepolitik machen. Wir müssen in der Forschungspolitik weiterkommen, wir müssen in der Regionalpolitik weiterkommen, damit alle Bereiche der Gemeinschaft entwickelt werden. Alle Länder, die beitreten wollen, anhören und ihnen einen Weg weisen. Das darf aber nicht bedeuten, daß unsere Bemühungen um Integration zurückfallen. Je größer die Gemeinschaft ist, desto enger müssen die Beziehungen sein und desto fähiger muß das Ganze sein, der Zukunft entgegenzugehen und entgegenzuwachsen.

Schließlich müssen wir uns bewußt sein, daß das Parlament, das jetzt entsteht, das Parlament einer Gemeinschaft ist, die eine politische Gemeinschaft werden will. Wir sind auf halber Strecke unseres Weges angekommen. Europa wird nie eine wirklich wichtige Position in der Welt haben, wenn es nicht auch eine authentische politische Gemeinschaft darstellt.

JEAN-PIERRE FOURCADE, Frankreich, Vizepräsident des UDF

Ich überbringe Ihnen die Grüße der Union pour la Démocratie Française und des Vorsitzenden. Wir sind in Frankreich die einzige Gruppe, die sich den Kommunisten und den Sozialisten erfolgreich widersetzen kann. Diese politische Kraft, die wir darstellen, ist neu. Die Gedanken, die wir in unserem Lande entwickeln, laufen darauf hinaus, Europa beschleunigt voranzubringen. Denn nur Europa kann in der heutigen Welt und vor allem in der Welt von morgen unsere Dimension sein.

Wir wollen dieses Europa genau wie Sie: frei, unabhängig und sozial. Wir wollen es auch demokratisch und zur Welt hin geöffnet, weil wir glauben, daß wir eine gemeinsame Kultur haben. Deshalb auch wollen wir dieses Europa von der Bürokratie befreien und es viel freier gestalten. Daher ist die sehr privilegierte Zusammenarbeit, die Sie mit Jean Lecanuet und seinen Freunden unterhalten und die sich auf die UDF insgesamt ausweitete, sehr fruchtbar.

Das Europa, das wir bauen wollen, geht — der Herr Vorsitzende Kohl sagte es, als ich ankam — weit über die Grenzen der Wirtschaft hinaus. Es ist nicht das Europa der Händler, das wir bauen wollen, sondern das Europa der Menschen und vor allem das Europa der Hoffnung.

Für die Jugendlichen, für die Freiheit, für alle unsere Nationen müssen wir zusammenarbeiten und in enger Verbindung stehen. Es ist auch die wesentliche Rolle der deutsch-französischen Freundschaft, daß sie Tag für Tag dieses europäische Aufbauprogramm fortsetzt. Hier sitzt mein alter Freund Colombo, mit dem wir so vieles gemeinsam unternommen haben, und ich möchte genau wie er sagen, daß auch wir, die UDF, den Wunsch haben, daß die CDU in der Bundesrepublik Deutschland noch stärker werden kann, damit wir das Europa schaffen können, das wir anstreben.

Wir haben bereits ein Europäisches Währungssystem geschaffen, und wir werden

morgen die Beratende Versammlung direkt wählen. Machen wir aus diesen Wahlen gemeinsam einen Erfolg für Europa!

Wir müssen uns als Europäer den fundamentalen Fragen nach der Sicherheit und nach der sicherheitspolitischen Einordnung des künftigen Europas stellen, weil der europäische Sozialismus heute die bisher gemeinsamen außen- und sicherheitspolitischen Ziele in einer Weise verschiebt, die für unseren Kontinent dramatische Konsequenzen haben muß. Es ist an der Zeit, daß der europäische Bürger, gerade wenn er seine Stimme zur Wahl des ersten direkt gewählten Europäischen Parlaments abgibt, diese Konsequenzen ermißt. Dazu soll diese Beschlußvorlage beitragen.

Die CDU hat unter Konrad Adenauer die grundsätzlichen Optionen für unser Land getroffen: die unwiderrufliche Westeinbindung, den Eintritt in die NATO, die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten, die feierliche Verpflichtung zur Einigung Europas. Adenauer hat erkannt, daß die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit nur von diesen Optionen aus Chancen auf Verwirklichung hat. Ausgangspunkt dieser Optionen war der Freiheitswille. Wir haben immer dafür eingestanden, daß Freiheit vor Frieden, Freiheit auch vor deutscher Einheit gehen muß.

Die SPD hat nach den tiefgreifenden politischen Auseinandersetzungen der 50er Jahre diese Optionen letztlich akzeptiert und sie seit dem Godesberger Programm im Parlament auch weitgehend mitgetragen.

Mit dem Godesberger Programm hat in der deutschen Politik eine Ära des relativen Konsensus zu der Außen- und Sicherheitspolitik eingesetzt. Es hat erst die große Koalition möglich gemacht.

Diese Gemeinsamkeit in den entscheidenden Optionen deutscher Politik droht heute verloren zu gehen. Der Prioritätenkatalog deutscher Außen- und Sicherheitspolitik wird von starken Kräften in der SPD heute verschoben.

Regierungsamtliche Äußerungen sind noch in der Sprache der Konsensusära gehalten, selbst wenn die reelle Bedrohung, der unser Land, unser Kontinent gegenübersteht, immer wieder bewußt verharmlost wird. Unter dieser Oberfläche sind jedoch Kräfte am Werk, Kräfte, die mit jedem Tage stärker werden, und von denen zielstrebig die Weichen für eine osterorientierte Neutralisierungspolitik gestellt werden, die sich als Friedenspolitik ausbildet.

Jean-Marie DAILLET,
Secrétaire National de Centre des Démocrates Sociaux (CDS)

Ich bringe Ihnen die herzlichsten Grüße des französischen CDS. Der Präsident, Jean Lecanuet, ist leider verhindert, nach Kiel zu kommen. Er hat mich beauftragt, Ihnen seine besten Wünsche für den Erfolg Ihres Kongresses über das Thema Europa zu übermitteln.

Um die große Bedeutung zu zeigen, die wir Ihrer Arbeit beimessen, wie auch die Freundschaft zwischen unseren beiden Parteien, haben wir eine besonders zahlreiche

Delegation des CDS entsandt, um beide Tage aktiv an dem Dialog teilzunehmen, den Sie ihren befreundeten europäischen Parteien angeboten haben.

Unsere Zusammenarbeit, soweit sie unsere beiderseitigen Beziehungen betrifft, sowohl in der Europäischen Volkspartei als auch in der Europäischen Union Christlicher Demokraten, hat sich ständig vertieft.

Schon im vergangenen Jahr haben Sie uns zu einem Treffen über Fragen der Sicherheitspolitik nach Deutschland eingeladen, das unser lebhaftes Interesse gefunden hat. Schon dort haben wir ein weiteres Treffen zwischen Parlamentariern unserer beiden Parteien über das gleiche Thema vereinbart. Unsere gemeinsamen Arbeitssitzungen in Bonn waren besonders positiv und werden im kommenden September in Paris fortgesetzt.

Gewiß, die europäischen Verträge von Paris und Rom schließen das Gebiet der Verteidigung aus, und es handelt sich nicht darum, die Bereiche zu verwechseln: Es ist gut, daß es uns im Rahmen des atlantischen Bündnisses nützlich und sogar notwendig erschien, unsere Ansichten auf dem Gebiet der Verteidigung gegenüberzustellen, aber es ist gerade für die Wirksamkeit der Allianz selbst und die Festigung der äußeren Sicherheit unserer Länder besonders wichtig, daß die europäischen Alliierten gemeinsam über ihren Platz und ihre Rolle im Bündnis nachdenken.

Wie Ihre Partei, hat auch die UDF, die Vereinigung der Präsident Giscard d'Estaing unterstützenden Parteien, vom 16. bis 18. Februar 1979 einen nationalen Europakon- greß abgehalten.

Europa wird von einer breiten Mehrheit der Franzosen positiv angesehen, und wir haben allen Grund zu hoffen, daß das Ergebnis der Europawahl am 10. Juni einen klaren Sieg der Europäer über die Kommunisten und die Nationalisten bringen wird.

Eine kürzlich herausgegebene Sonderausgabe der Wochenzeitung „l'Express“ über die Bundesrepublik Deutschland zeigt eine günstige Änderung der Ansichten der Franzosen über Ihr Land, das die meisten als einen Freund Frankreichs betrachten. Nach und nach verschwinden die Negativbilder und Vorurteile. Man sollte sich erinnern, daß der erste Grund für diesen tiefen Wechsel, der sich innerhalb von 30 Jahren in der öffentlichen Meinung Frankreichs über Deutschland vollzogen hat, vor allem ein Erfolg der durch Bundeskanzler Adenauer begründeten Demokratie ist — das ist sozusagen der Erfolg der CDU.

Weil es die historische Wahrheit ist, ist es nicht übertrieben zu sagen, daß es die christlichen „Demokratien“ Bundesrepublik, Frankreich und Italien waren, die die Europäische Gemeinschaft trotz tausend Schwierigkeiten gegründet haben. Weniger als 30 Jahre nach dem Aufruf Robert Schumans existiert die Gemeinschaft, festigt sie sich und wird am 10. Juni 1979 eine demokratische Realität. Von allen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke respektiert, von den Feinden der Freiheit wegen ihrer politischen Dynamik angezweifelt, ist die Europäische Gemeinschaft auch eine geopolitische Realität. Wieviel mehr wird sie es erst morgen sein.

Heute gibt sie in internationalen Angelegenheiten nur unzureichende Erklärungen ab, und die Energiekrise ist ein bedauerliches Beispiel gewesen, um so mehr, als die nationalistischen Technokraten in Frankreich und anderswo seit zwanzig Jahren die Aufnahme einer gemeinsamen Energiepolitik sabotiert haben.

Es ist höchste Zeit, daß die Europäische Gemeinschaft in der internationalen Politik mit einer Stimme spricht. Die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und China dürfen nicht mehr die einzigen sein, die als Großmächte zählen.

Aber die neue Großmacht Europa trägt ein eigenes Element in diesen Kreis: Das ist eine große zum Frieden entschlossene Kraft, ohne irgendwelche imperialistischen Absichten, ohne die Neigung zu irgendeiner Hegemonie.

Im Gegenteil, Europa hat durch seine Konstituierung nicht nur ein Beispiel der Überwindung des nationalen Egoismus gegeben, sondern es hat auch als erstes verstanden, die Beziehungen zu den armen Ländern zu erneuern: Der Vertrag von Lomé ist der erste Vertrag, der den Ländern eine Entwicklung, eine Stabilität ihrer Agrarpreise und eine Hilfe gegen den Verfall der Preise für die Grundstoffe garantiert. Erlauben Sie mir den Wunsch, daß die Bundesrepublik an der Seite Frankreichs eine wachsende Rolle in der Entwicklung Afrikas spielt, das für Europa wichtig ist. Es handelt sich hier in der Tat um eine Frage der europäischen Sicherheit.

Weder die Bundesrepublik Deutschland noch Frankreich noch eines unserer Partnerländer im freien Europa dürfen die imperialistischen Interventionen in Afrika erlauben, wo die Sowjetunion und einige ihrer Verbündeten ein gefährliches Spiel treiben, das perfekt dem leninschen Traum von der Vorherrschaft über die Welt — insbesondere über Westeuropa — angepaßt ist.

Wann endlich begreifen die russischen Machthaber, daß sie mit einer Politik der Überbewaffnung und der mehr oder weniger versteckten Eroberungen nichts zu gewinnen haben?

Die öffentliche Meinung in unseren Ländern ist durch diesen flagranten Widerspruch zu den Entspannungserklärungen des Kreml alarmiert. Wir sagen ohne die geringste Aggressivität, daß es das einzig vernünftige Verhalten für die Sowjetunion wäre, jeder Politik der Drohungen, der Pressionen, der direkten oder indirekten Aggression zu entsagen, die nur in einer Weltkatastrophe enden kann, von der auch die Sowjetunion nicht profitieren würde.

Nichts wird die christlichen Demokraten Europas hindern, ihre Ziele weiterzuverfolgen, denn sie haben nur ein einziges Ziel: Nachdem es ihnen gelungen ist, untereinander einen dauerhaften Frieden aufzubauen, der auf dem Recht, den Grundfreiheiten, der institutionellen Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit und der gemeinsamen Zusammenarbeit begründet ist, schlagen wir der Welt eine Strategie des Friedens und der Entwicklung vor.

Im Nahen Osten und auch anderswo könnte die Europäische Gemeinschaft an der Festigung des Friedens teilhaben, indem sie an den großen Entwicklungsprojekten in

Ägypten und Israel dergestalt mitarbeitet, daß sie die Ursachen des Konflikts durch eine Hebung der Lebensbedingungen in dieser Region beseitigt.

Die vergangenen Erfolge der CDU sind aus dieser Sicht ein Zeichen gesunder Vitalität. Gemeinsam werden wir die Schlacht für Europa gewinnen. Ihre französischen Freunde werden Ihnen in einigen Wochen in der Reihe der Europäischen Volkspartei in Straßburg die Hände reichen.

Es lebe der Europakongreß der CDU!

Es lebe das Europäische Parlament!

Dr. Herbert KOHLMAIER, stellvertretender Bundesparteiohmann der Österreichischen Volkspartei

Liebe Freunde von der Christlichen Demokratischen Union Deutschlands! Unser Bundesparteiohmann, Herr Dr. Taus, kann leider nicht kommen, weil wir sechs Wochen vor einer entscheidenden Nationalratswahl stehen und der Wahlkampf in vollem Gange ist. Das ist auch der Grund dafür, daß ich morgen wieder in Wien sein muß.

Wir befinden uns damit in einer schwerwiegenden Auseinandersetzung. Heute kann man sagen, daß die Illusionen von 1969, als die Sozialisten in Österreich die Regierung übernommen haben, zusammengebrochen sind. Die Sozialisten haben in Österreich in einem unvorstellbaren Ausmaß abgewirtschaftet. Die Defizite im Staatshaushalt sind von sieben Milliarden 1971 auf 52 Milliarden im letzten Jahr angestiegen und die Staatsverschuldung stieg von 73 Milliarden auf über 230 Milliarden Schilling. Bedenkenlos wurde das Produkt früherer Sparsamkeit verwirtschaftet und wurde ein Vorgriff auf den Wohlstand kommender Generationen unternommen.

Zunehmend halten sich die Sozialisten in Österreich nicht mehr an politische Programme, sondern setzen die Wähler ganz einfach unter Druck. Seit Jahren wird der Bevölkerung eingehämmert, daß die Vollbeschäftigung ein Produkt der Regierungspolitik ist. In letzter Zeit wurde bedenkenlos behauptet, daß der soziale Frieden gefährdet ist, wenn die Sozialisten nicht weiter die absolute Mehrheit in Österreich haben.

Hinter diesen geradezu hysterisch formulierten Angstparolen steht nach unserer Befürchtung der Versuch, entweder eine Wiederholung der Mehrheit zu erzwingen oder aber notfalls eine sogenannte sozial-liberale Koalition nach deutschem Muster zu bilden. Der sozialistische Bundeskanzler Dr. Kreisky hat bereits in den letzten Tagen offen zu verstehen gegeben, daß ihm eine Unterstützung wenigstens eines Teiles der Freiheitlichen Partei, vor allem des freiheitlichen Fraktionsvorsitzenden Peter, der im Amt verblieben ist, genügen würde.

Sie verstehen daher, wie wir kämpfen müssen. Wir können diese Pläne nur durchkreuzen, wenn wir stark sind. Die Meinungsforschung signalisiert uns mit hoher Wahr-

scheinlichkeit einen Verlust der Sozialistischen Partei Österreichs, aber die Erhebungsziffern schwanken. Es gibt sechs Wochen vor der Wahl eine große Zahl von Unentschlossenen. Einzelne Erhebungen geben uns sogar die Hoffnung, daß wir die Mehrheit erreichen können.

Meine Damen und Herren, gerade Sie können sich vorstellen, daß uns die Aussicht auf eine Opposition gegenüber einer sogenannten sozial-liberalen Koalition nicht gerade mit Freude erfüllen würde. Auf der anderen Seite bin ich davon überzeugt, daß wir auch eine solche schwierige Phase in der Entwicklung unserer Partei durchstehen würden, wie auch Sie — wovon ich überzeugt bin — diese Phase durchstehen. Wir haben uns schon in der jetzigen Zeit der Opposition programmatisch und organisatorisch erneuert.

Ich möchte noch etwas hinzufügen, weil wir die Erfahrung gemacht haben, daß wir immer dann schwach waren, wenn wir innerparteiliche Konflikte und Diskussionen hatten. Seit längerer Zeit ist es uns gelungen, gegenüber der Öffentlichkeit auch in schwierigen Fragen — denken Sie daran, daß es bei uns ja eine Volksabstimmung über die Kernenergienutzung gab — absolut einig und geschlossen aufzutreten, während die Sozialisten in unserem Lande immer stärker uneinig sind. Das erfüllt uns mit Optimismus.

Ich möchte mir nicht anmaßen, vom kleinen Österreich Schlüsse auf eine größere Umwelt zu ziehen, aber ich bin davon überzeugt, daß die Idee der christlichen Demokratie in einer Zeit, in der die Frage nach der Sinnerfüllung des Lebens von materialistischen und hedonistischen Ideologien, insbesondere gegenüber der Jugend, nicht beantwortet werden kann, gerade wieder auf dem Vormarsch ist.

Europa braucht nach unserer Auffassung eine selbstbewußte und kämpferische christliche Demokratie, die in einer Gemeinschaft mit den konservativen Parteien Großbritanniens und Nordeuropas die Herausforderung der Linkskräfte in dieser Zeit annimmt. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, daß wir Österreicher auch als Bürger eines kleinen neutralen Staates unseren Beitrag dazu leisten können.

Die Österreichische Volkspartei mit Dr. Taus, der die Präsidentschaft der Europäischen Demokratischen Union (CDU) übernommen hat, an der Spitze verbindet mit der Bereitschaft zu kommender Zusammenarbeit die Bitte, daß Sie bei Ihrer Arbeit für das Europa von morgen nicht jene als zweitrangig betrachten, die wegen ihrer staatsrechtlichen und historischen Situation nicht Vollmitglieder der Gemeinschaft sein können.

Als Österreicher darf ich Sie bitten und ersuchen, die Grenzen der europäischen Einigung nicht zu eng zu ziehen, wie wir ja auch immer wieder bedenken müssen, daß Europa nicht an der Mauer und nicht am Eisernen Vorhang endet.

Sehen wir unsere Parteien wie unsere Völker als Nachbarn und Freunde, die den anderen ein Beispiel dafür geben können, wie man nach bitteren Erfahrungen der Vergangenheit mit Kraft und Zuversicht in die Zukunft schreiten kann.

Moshe MERON, Vorsitzender der Likud-Liberalen, Vizepräsident der Knesseth

Es ist mir eine besondere Ehre, Ihnen die besten Glückwünsche zu Ihrem 27. Bundesparteitag im Namen der israelischen CDU, der Likud-Liberalen Israels, zu überbringen. Ein Parteitag dient dazu, Programme zugunsten des Volkes zu erarbeiten, die Reihen zu schließen und eine Mannschaft aufzustellen, die glaubwürdig ist und die Partei erfolgreich in den Wahlkampf führen kann, der siegreich endet.

Ich hoffe, wünsche und glaube, daß die CDU dieses 1980 schaffen wird.

Die Partei des großen Staatsmannes Konrad Adenauer, der die Bundesrepublik nach dem Weltkrieg in die Familie der Völker zurückführte, ist eine Partei mit einer großen Vergangenheit und einer noch größeren Zukunft, an die ich fest glaube.

Ich kam heute aus Israel, um eigens an Ihrem Parteitag Anteil zu nehmen, und muß morgen wieder nach Hause nach Israel. Morgen ist bei uns ein historischer Tag, an dem der Frieden zwischen Israel und Ägypten seine ersten Schritte unternehmen wird.

Morgen, so hoffen wir, wird nicht nur zwischen Israelis und Arabern ein Versöhnungsprozeß beginnen, sondern auch die erste ernst zu nehmende Bastion des freien und sozialen Mittleren Ostens der freien Welt geschaffen, die auch ein Mitträger und Garant eines freien und sozialen Europas sein wird.

Ich begrüße daher die Worte Ihres Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl von heute, es sei sein Glaube, daß die Bundesrepublik ihren Beitrag zum Friedensprozeß leisten solle. Ich weiß diese Worte zu schätzen. Sie beweisen, daß hier ein staatsmännischer Blick in die Zukunft für eine freie und soziale Welt geworfen wurde.

Ich schließe meine Begrüßungsworte an Sie, meine Freunde, mit dem hebräischen Wort, das ein Gut bezeichnet, das wir seit jeher in unserem Herzen inbrünstig für die Welt und für uns erhoffen und für das wir beten: Schalom! Friede sei mit euch! Schalom!

Richard BURKE, Europäische Kommission

Es ist für mich eine große Ehre und Freude, daß ich gebeten worden bin, zu dieser Plenarversammlung Ihrer Partei nach Kiel zu kommen. Ich habe diese Einladung mit Freude angenommen. Vielleicht ist es eine gute Gelegenheit, die Tatsache zu betonen, daß es christliche Demokraten in der Europäischen Kommission gibt. Ich bringe Ihnen die Grüße der Christdemokraten in der Kommission.

Sie haben auch erwähnt, daß ich von der Grünen Insel komme, wo ich die Gelegenheit hatte, als früheres Mitglied der Schwesterpartei und als Minister in der irischen Regierung zu wirken. Ich bin als Mitglied der Kommission zuständig für Steuerfragen, Konsumfragen und die Beziehungen zum Europäischen Parlament und spreche in dieser Funktion zu Ihnen.

Die deutschen Christdemokraten stellen in der Kommission eine sehr wichtige Gruppe

dar. Ich möchte die Bedeutung unterstreichen, die wir in der Kommission der Arbeit der deutschen Christdemokraten zumessen.

Wir stehen vor den Wahlen im Juni. Sie repräsentieren einen wichtigen Teil der deutschen Wählerschaft, und ich halte es für wichtig, daß es im Juni eine substantielle Repräsentation der Bundesrepublik im neugewählten Parlament gibt.

Die Wahlen, die im Juni stattfinden, werden für die Wählerschaft in Europa insgesamt eine Möglichkeit sein, mit einer hohen Wahlbeteiligung zu zeigen, daß sie die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft stärken wollen, und zwar zu einer Zeit, in der Europa eine ganz besondere Bedeutung zukommt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt nehmen wir in der Kommission und die Parlamentsmitglieder ein indirektes Mandat wahr, denn wir werden von den Parlamenten oder von den Regierungen gewählt. Sobald die Wahlen vorbei sind, werden wir aber ein wesentlich stärkeres demokratisches Mandat haben, da wir direkt gewählt werden. Damit wird unsere Funktion gestärkt.

Ich freue mich ganz besonders, daß ich hier vor Ihnen, vor der Partei Konrad Adenauers und hervorragender Persönlichkeiten sprechen kann, und ich freue mich, daß Vertreter aus anderen Ländern hier sind, so aus dem Lande de Gasperis und aus anderen Ländern, die zur europäischen Einigung beigetragen haben.

Ich möchte Sie auffordern, zu versuchen, im Juni unter allen Umständen eine hohe Wahlbeteiligung zu erzielen. Ich wünsche Ihnen für die Wahlen im Juni das Allerbeste.

Fernando Alvarez DE MIRANDA, Union del Centro Democratico (Spanien)

Ich möchte die Bewunderung zum Ausdruck bringen für Ihre Arbeit, die durch Verantwortungsbewußtsein gekennzeichnet ist, und die in der Lage ist, die allgemeinen Interessen der Nation vor die individuellen Interessen zu stellen. Sie war auch in der Lage, ein Deutschland aufzubauen, das in vieler Hinsicht ein Beispiel für die Welt darstellt.

Sie bilden eine Partei, die Ihrem Land gedient hat, und zwar sowohl in der Regierung als auch in der Opposition und dies auf der Grundlage einer integrierenden Politik; einer Politik, die sehr weit davon entfernt ist, ein monopolistisches Machtkonzept darzustellen.

Auf der anderen Seite haben Sie mit dieser Politik der Welt gezeigt, daß Ehrlichkeit und Festigkeit in der Verteidigung eines humanistischen christlichen Gesellschaftskonzeptes die einzige Möglichkeit ist, sich einem entmenslichten Sozialismus entgegensustellen, eine Gefahr, die mit jedem Tag in Europa größer wird.

Sie haben wesentlich dazu beigetragen, die Werte und das Fundament der westlichen Demokratie zu bestätigen und zu konsolidieren, aber immer auf der Basis des Humanismus, der die Würde und die Freiheit des Menschen als den Grundpfeiler des Systems erachtet. Sie haben den Wert dieser Geisteshaltung seit 30 Jahren bewiesen,

ohne daß sie dabei auch nur ein einziges Prinzip geopfert hätten, das das Gedankengut der christlichen Demokratie ausmacht.

Heute sieht sich die CDU einem neuen Problem gegenüber, den Wahlen zum Europäischen Parlament, an denen Spanien leider noch nicht teilnehmen kann. Aber wir hoffen, daß das bald der Fall sein wird und daß wir uns an die Seite der Christdemokratie in Europa stellen können.

Ich bin überzeugt, daß Sie in diese neue Etappe, die sich für Europa eröffnen wird, die gleiche Energie, die gleiche Überzeugung einbringen werden, die Sie in Ihrem Kampf für ein freies und solidarisches Deutschland gezeigt haben.

Zusammen mit meinem Gruß möchte ich auch Zeugnis meiner Bewunderung und meines Dankes ablegen, nicht nur in meinem eigenen Namen, sondern auch im Namen meiner Partei Union del Centro Democratico, eine Partei, die alle ihre Hoffnungen auf eine siegreiche CDU gesetzt hat, und zwar zunächst einmal bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und später bei den allgemeinen Wahlen in der Bundesrepublik.

Schließlich, Herr Vorsitzender, möchte ich Ihnen auch noch eine persönliche Botschaft des Präsidenten Suarez übermitteln, der sehr bedauert, daß es ihm unumgängliche Verpflichtungen nicht erlauben, an diesem Parteitag teilzunehmen, was sein Wunsch gewesen wäre.

Adelino Amaro DA COSTA, Portugal, Vizepräsident des CDS

Es ist mir eine große Freude, die Gelegenheit wahrnehmen zu können, Ihnen allen die herzlichsten Grüße der portugiesischen Christdemokraten, des CDS, zu überbringen. Helmut Kohl möchte ich gern zu seiner Wiederwahl zum Vorsitzenden der CDU gratulieren, und ich möchte ihm die besten Wünsche von Herrn Amaral, dem Vorsitzenden des CDS, überbringen.

Portugal will, wie Sie wissen, der Europäischen Gemeinschaft beitreten. Europa ist für uns nach vielen Jahren der Selbstisolierung ein primäres nationales Ziel geworden. Mit dem Ende der portugiesischen Präsenz in Afrika kamen unsere europäischen Wurzeln — zusammen mit der Wiedererrichtung der Demokratie in meinem Lande — natürlich wieder an die Oberfläche. Aus diesem Grunde sind Ihr Parteitag und seine Thematik von fundamentaler Bedeutung nicht nur für Sie, sondern auch für uns.

Welche Art von Europa streben wir gemeinsam an, welche Art von Europa wollen wir aufbauen? Zunächst einmal wollen wir kein Europa der Unterdrückung. Mit dem Ende von rechtsgerichteten autoritären Regimen in Griechenland, Spanien und Portugal ist Westeuropa zum erstenmal nach dem zweiten Weltkrieg ein vereinigtes Gebilde, in dem Freiheit und Demokratie vorherrschen. Zusammengenommen sind wir die größte Gruppe demokratischer Nationen in der Welt, und das ist ein wesentliches Element und auch ein Beweis unserer moralischen und politischen Überlegenheit.

Aus diesem Grunde lehnen wir sowohl die rechtsgerichteten Diktaturen als auch die sozialistischen Regime ab. Wir wollen ein Europa der Freiheit, und wir sind davon überzeugt, daß unser christdemokratischer Beitrag für die Schaffung eines freien Europa absolut fundamental ist.

Wir wollen zum anderen kein Europa, in dem es Elend und Armut gibt. Wir teilen die Ansicht, daß wirtschaftlicher Fortschritt nur unter den Mechanismen der Sozialen Marktwirtschaft möglich ist. Wir sind sicher, daß dadurch materielle und kulturelle Entwicklung sowie soziale Gerechtigkeit erreicht werden können, ohne daß es zu neuen Ungleichgewichten in unserer Gesellschaft kommt.

Wir setzen uns für Fortschritt und Wohlstand für alle Bürger ein, und wir setzen uns für die internationale Gerechtigkeit ein, wie es Papst Johannes Paul II. kürzlich in Puebla in Mexiko sagte: Nationaler und internationaler Friede kann nur dann gewährleistet werden, wenn es zu einem sozialen und wirtschaftlichen System kommt, das auf Gerechtigkeit gegründet ist.

Lord Christopher SOAMES, Konservative Partei (England)

Ich und eine Anzahl meiner Freunde aus der Konservativen Partei in Großbritannien, die für das Europäische Parlament kandidieren, freuen uns und sind geehrt, daß Sie uns zu diesem Parteitag eingeladen haben.

Ich bringe Ihnen die Grüße von Frau Thatcher. Sie bedauert sehr, daß sie nicht in der Lage ist, sich hier heute einzufinden. Sie erinnert sich immer noch gerne an das letzte Mal, als sie bei Ihnen war, wie herzlich sie willkommen geheißen wurde und welche Freundschaft sie bei Ihnen erfahren hat.

Aber sie hat mich gebeten, Ihnen folgendes mitzuteilen — ich lese es vor: Es tut mir wirklich sehr leid, daß ich wegen der Möglichkeit der allgemeinen Wahl in Großbritannien nicht in der Lage bin, heute mit Ihnen in Kiel zusammen zu sein. Die herzliche Freundschaft zwischen der CDU und der Konservativen Partei Großbritanniens beruht auf den Überzeugungen, die wir teilen.

Wie Sie sagen wir nein zum Klassenkampf, nein zur Bürokratie und nein zur Neutralisierung.

Wie Sie sagen wir ja zur Partnerschaft, ja zur Freiheit und ja zur Sicherheit.

In dem neu zu wählenden Europäischen Parlament werden wir mit Ihnen danach streben, ein Europa zu schaffen, das sicher und frei für uns und unsere Kinder sein wird.

Dies ist ein großer Parteitag, der die Eröffnung des Wahlkampfes für die Europawahlen markiert. Die Tatsache, daß die CDU diesen Zeitpunkt für den Parteitag gewählt hat, um den europäischen Wahlkampf in Gang zu setzen, zeigt das Maß an Wichtigkeit und Bedeutung, das Sie diesen Wahlen beimessen. Das ist auch völlig richtig.

Die sozialistischen Parteien werden ihr Bestes tun — das wird ihnen nicht leichtfallen —, um immer als Block zu wählen und abzustimmen. Sie werden versuchen, die Dinge

so zu lenken, daß sie einen Beitrag zur Bildung eines sozialistischen Europas leisten können. Um das zu verhindern, müssen alle Parteien der Mitte daran denken, um wieviel wichtiger die großen Ideen, die uns zusammenführen, im Vergleich zu den kleinen Unterschieden, die uns vielleicht trennen, sind.

Deshalb ist es, wie ich glaube, eine wichtige Verantwortung, die auf den Schultern der führenden Persönlichkeiten der CDU, anderer christlich-demokratischer Delegationen und der konservativen Delegation im Europäischen Parlament liegt: Es muß sichergestellt werden, daß wir in wichtigen Fragen, obwohl es keine formelle Verbindung gibt, gemeinsam immer den gleichen Weg gehen.

ANDRIES VAN AGT, Ministerpräsident der Niederlande

Sie haben mir für mein Referat auf Ihrem Parteitag ein fesselndes Thema vorgeschlagen, ein Thema, das geeignet ist, Politiker aller EG-Länder zum Nachdenken anzuregen. Im Blick auf die Wahl zum Europaparlament scheint mir dieses Thema: Bürgerfreiheit — Bürokratismus besonders wichtig zu sein.

Die Begriffe Bürgerfreiheit und Bürokratisierung liegen nicht auf derselben Ebene. Mir ist durchaus bewußt, daß gewisse Anklänge an Ihr Wahlkampfmotto für die letzte Bundestagswahl spürbar sind. Freiheit ist ein unveräußerliches Prinzip unserer westlichen Gesellschaften. Dagegen möchte ich die Bürokratisierung eher ein Abfallprodukt unserer hochentwickelten und daher besonders komplizierten Gesellschaften nennen. Freiheit muß gewiß geschützt, vor allem aber auch weiterentwickelt werden. Der Bürokratisierung müssen wir den Kampf ansagen.

Das Motto „Bürgerfreiheit ja — Bürokratisierung nein“ kann für vieles stehen. Manche Entwicklungen sollten gefördert, andere wiederum von vornherein ausgeschlossen werden. Erlauben Sie, daß ich darauf hinweise, was Ihr Motto meiner Meinung nach nicht suggerieren darf. Es darf nicht für die klassisch liberale Tendenz zur Staatsverdrossenheit stehen. Es darf nicht in die Richtung des anachronistischen Gegensatzes zwischen menschlicher Freiheit und staatlichem Handeln weisen. Es darf nicht suggerieren, die Institutionen des demokratischen Staates stünden der Verwirklichung der Freiheit des Menschen nur im Wege.

Was sollte das Motto dagegen sehr wohl suggerieren? Daß der Staat bei der Weiterentwicklung der Bürgerfreiheiten eine Aufgabe zu erfüllen hat. Man kann den Schwerpunkt auf die Sicherung der Freiheit, auf die Garantie der Ausübung der Freiheitsrechte legen. Man kann dem einzelnen freie Bahn lassen, ihn dafür rüsten, seine Freiheit optimal zu nutzen, mag das Individuum von seiner Freiheit auch nicht immer so Gebrauch machen, wie es uns persönlich gefallen würde.

Aber man kann den Schwerpunkt auch auf die vom Staat zu treffenden Schutzmaßnahmen legen, auf Maßnahmen, die verhindern sollen, daß das Freiheitsstreben des einen das Freiheitsstreben des anderen einschränkt. Jede Gesellschaft, jedes Volk muß im

Laufe seiner Geschichte immer wieder die Frage beantworten, welche der beiden Möglichkeiten Priorität erhalten soll.

Wir kennen — wenn ich so sagen darf — Ihre traumatischen Erfahrungen mit dem Mißbrauch der Freiheit. Deshalb verstehe ich die besondere Aufmerksamkeit, die besondere Sorge, die Sie dem Schutz der Freiheit zuteil werden lassen. In den Niederlanden ist man geneigt, der Sicherung einer freiheitlichen Entwicklung Vorrang zu geben. Demokratie ist eine Herausforderung; Risiken müssen begrenzt, können jedoch niemals ganz vermieden werden.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle, über ein Ereignis internationaler Bedeutung etwas zu sagen, das in der jüngsten Vergangenheit im Haag stattgefunden hat: über die Fernsehsendung „Bürger fragen — Politiker antworten“, in der mein Freund Dr. Kohl sehr tapfer auftrat.

Zu den wesentlichen Freiheiten des Bürgers in einem demokratischen Rechtsstaat gehört die Meinungsfreiheit. Sie ist in unseren Ländern in den Verfassungen verankert. Die Ausübung dieses Grundrechts ist für öffentliche Diskussionen über politische und gesellschaftliche Fragen von besonderer Bedeutung. Aber das heißt nicht, die Meinungsfreiheit sei unbeschränkt. Selbstverständlich wird durch die Existenz dieses Grundrechts niemandem ein Freibrief ausgestellt, Menschen zu beleidigen.

Es ist nicht nur das Strafrecht, das die Grenzen absteckt, innerhalb derer dieses Recht ausgeübt werden darf, sondern auch der Anstand. Das gilt ganz besonders dann, wenn eine Diskussion mit einem Gast aus einem befreundeten Land geführt wird.

Glauben Sie, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, die Leute, die in jener Fernsehdiskussion hauptsächlich zu Wort kamen, vertraten Ansichten, die meiner Meinung nach von den meisten Niederländern nicht geteilt werden.

Als Christliche Demokraten sind wir verpflichtet und auch willens, unsere Auffassungen und Erfahrungen gegenseitig zu respektieren. Unser gemeinsames Ziel ist und bleibt die Sicherung pluralistischer demokratischer Gesellschaftsordnungen. Wir meinen, die Debatte über Freiheit könnte sinnvoller geführt werden, wenn man auch den Begriff „Verantwortung“ in die Diskussion einbezüge: Verantwortung gegenüber dem Mitmenschen und gegenüber der Gesellschaft. Koppeln wir Freiheit und Verantwortung, so können wir das Dilemma der Prioritätenwahl „Garantie oder Schutz?“ überwinden.

Freiheit wird durch Verantwortung begrenzt, reicher gemacht und geädelt. Verantwortlich genutzte Freiheit kann nur Gutes bewirken.

Dr. Vilho A. KOIRANEN, Generalsekretär der Finnischen Konservativen

Ich habe die große Freude, Ihnen das Grußwort der Finnischen Konservativen Partei zu übermitteln. Dieses Grußwort kann ich Ihnen heute von einer größeren Partei übermitteln, als es vor einer Woche möglich gewesen wäre. Wir hatten nämlich vor

einer Woche Parlamentswahlen, in denen die Konservative Partei vier Prozent der Stimmen und zwölf von 200 Mandaten gewonnen hat. Dies ist das beste Resultat in der 60jährigen Geschichte der Konservativen Partei.

Diesen Gewinn verdanken wir zum Teil der jahrzehntelangen Zusammenarbeit mit unseren deutschen Freunden, sowohl bilateral als auch multilateral.

Ich hoffe, und ich bin sicher, daß diese Zusammenarbeit in der Zukunft weiterentwickelt und vertieft werden wird.

Herr Präsident, zum Schluß möchte ich zu dem Thema konservative Zusammenarbeit einen deutschen Dichter, ein wenig modifiziert, zitieren. In dem Gedicht sagt er: Wir bauen Häuser, groß und fest, wiewohl wir hier in der Konferenz Wanderer und Gäste sind.

Ausländische Gäste aus 16 Ländern

Europäische Gemeinschaft

Emilio Colombo

Präsident des Europäischen Parlaments

Richard Burke

Mitglied der Kommission
der Europäischen Gemeinschaften

M. Balbiani

Chef de Cabinet von Präsident Colombo

M. Pagani

Attaché de Presse von Präsident Colombo

Belgien

Leo Tindemans

Ministerpräsident a. D., Präsident der Europäischen Volkspartei

Finnland

Dr. Vilho A. Koiranen

Generalsekretär der Kansallinen Kokoomus
(Finnische Konservative)

Frankreich

Jean-Marie Daillet

Secrétaire National des Centre des Démocrates Sociaux

Jean-Pierre Fourcade

Président Fédération Nationale des Clubs Perspectives et
Realités

Jacques Mallet

Secrétaire International des Centre des Démocrates
Sociaux

Loïc Bouvard
Paul Delahousse

Abgeordneter des Centre des Démocrates Sociaux
 Admiral a. D., Centre des Démocrates Sociaux

Griechenland

Dr. Timo Ph. Louys

Vorsitzender des Ausschusses für Internationale Beziehungen der Nea Demokratia

Dr. Stratis Stratigis

Generalsekretär des Ausschusses für Internationale Beziehungen der Nea Demokratia

Mr. Stratos

Nea Demokratia

Großbritannien:

Lord Christopher Soames
Alexander Walker

Mitglied des House of Lords
 Director International Office, Conservative Party of Great Britain

The Marquis of Douro
Sir Frederick Catherwood
Hugh J. Dykes
Tom Normanton

Europa-Kandidat der Conservative Party
 Europa-Kandidat der Conservative Party
 Abgeordneter der Conservative Party
 Abgeordneter der Conservative Party

Israel

Moshe Meron

Vizepräsident der Knesset, Liberal Party of Israel

Italien

Angelo Bernassola

Stellvertretender Generalsekretär der Christlich Demokratischen Weltunion

Lateinamerika

Pablo Fernandez Vacaro

Asociacion Democristiana Latinamerica in Europa

Niederlande

Andries van Agt

Ministerpräsident, Christen-democratisch Appél

Norwegen

Lars Ruar Langslet

Abgeordneter der Høyres Landsstyre

Österreich

Dr. Herbert Kohlmaier

Stellvertretender Vorsitzender der Österreichischen Volkspartei

Heribert Steinbauer

Leiter des Politischen Büros der Österreichischen Volkspartei

Dr. Andreas Khol

Exekutivsekretär der Europäischen Demokratischen Union

Portugal

Amaro Adelino da Costa

Vizepräsident des Centro Democratico y Social

Dr. Ruy Olivera

Generalsekretär des Centro Democratico y Social

Schweden

Lars Tobisson

Generalsekretär der Moderata Samlingspartiet

Schweiz

Marie-Laure Beck

Präsidiumsmitglied der Christlich-demokratischen Volkspartei

Spanien

Fernando Alvarez de Miranda

Unión del Centro Democratico, ehemaliger Präsident des Spanischen Abgeordnetenkongresses

Luis de Grande Pasqual

Abgeordneter der Unión del Centro Democratico

Joaquin Galant

Abgeordneter der Unión del Centro Democratico

Federico Castellano

Sekretär des Präsidenten des Abgeordnetenkongresses

Mariano Aliatto

Unión del Centro Democratico

Zypern

Glaucos Clerides

Präsident der New Democratic Rally